

**Zeitschrift:** Neue Schweizer Rundschau  
**Herausgeber:** Neue Helvetische Gesellschaft  
**Band:** 1 (1933-1934)  
**Heft:** 1

**Artikel:** Das ABC der Wirtschaftskrise  
**Autor:** Böhler, E.  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-758358>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Das ABC der Wirtschaftskrise

von Prof. Dr. E. Böhler

## I. Von der Not des Überflusses

Alle schwereren Wirtschaftskrisen führen erfahrungsgemäß zu einem Zweifel an der Gültigkeit der Gesetzmäßigkeiten, von denen man bisher die Wirtschaft beherrscht glaubte. Denn allgemein gesprochen ist das Wort «Krise» der Name für die Erfahrung, daß sich das Wirtschaftsleben anders entwickelt als der Mensch erwartet, daß es nicht seinen rationalen Absichten und Plänen entsprechend verläuft, sondern einem Wechsel unterliegt, der sich der bewußten Kontrolle des Menschen entzieht.

In allen Krisenzeiten finden wir daher die Auffassung, daß die Menschheit vor einer Weltenwende stehe, vor einer gänzlich neuen wirtschaftlichen Situation, die nach völlig andern Gesichtspunkten zu beurteilen sei als die bisherige Entwicklung, und daher ganz neue Formen der Krisenbekämpfung verlange.

Diese Auffassung wird noch verstärkt durch das Paradox der Krise: durch das Nebeneinanderbestehen von Not und Überfluß, von ungestillter Nachfrage der Arbeitslosen und unabsetzbaren Waren, von mangelnder «Kaufkraft» und überschüssiger Produktionsfähigkeit. Denn das scheint zu beweisen, daß das «Gesetz der Knappheit», von der das Wirtschaftsleben nach der herkömmlichen Wirtschaftslehre beherrscht ist, seine Geltung verloren hat, daß die Produktionsfrage restlos gelöst ist und nur noch die Verteilungsfrage der Lösung harret, daß die Produktionsmöglichkeiten unbegrenzt sind und nur noch die «Kaufkraft» fehlt, um sie auszunutzen. «Überfluß» ist also das Grundproblem der modern-kapitalistischen Wirtschaft.<sup>1</sup>

Zugunsten dieser Auffassung wird in der Regel die beschleunigte technische Entwicklung der letzten Jahre angeführt, die zu einer steigenden Überproduktion, zu einem wachsenden Mißverhältnis zwischen Produktionskapazität und Kaufkraft geführt habe. Denn der beschleunigte technische Fortschritt stoße

---

<sup>1</sup> Besonders pointiert ist diese Auffassung neuerdings von Prof. Marbach formuliert worden in einer Aufsatzreihe im «Eisenbahner», 14. Jahrg., Nr. 10—15. Bern 1933.

auf die Beharrungskraft des herrschenden Preis- und Profitsystems und die übrigen sozialen Einrichtungen, die die Anwendung der verfügbaren technischen Möglichkeiten verhindern. Dieses Preis- und Profitsystem führe nämlich dazu, daß nicht der Bedarf der breiten Massen für die Ausnutzung der technischen Möglichkeiten maßgebend sei, sondern der Profit des Kapitals, was zur Folge habe, daß zuviel gespart und investiert und zu wenig verbraucht würde. Die Folge davon sei einerseits eine allgemeine Überproduktion, weil die Kaufkraft hinter der Produktionssteigerung zurückbleibe, und das Entstehen der sogenannten technologischen Arbeitslosigkeit andererseits, die auch im späteren Aufschwung nicht wieder verschwinde.

Besonders eindrücklich ist diese These von der sogenannten Technokratie<sup>1</sup> ausgebaut worden. Sie teilt die Weltgeschichte in zwei Hauptperioden ein: in eine statische Periode, umfassend die 6000 Jahre vor dem 19. Jahrhundert, und in eine dynamische Periode, die mit dem Maschinenzeitalter begonnen hat. Der grundlegende Unterschied dieser beiden Perioden liegt ihrer Meinung nach darin, daß während der statischen Periode die Arbeitsleistung des Menschen zwischen 1500 und 2000 K.-cal. pro Kopf und Tag schwankte, während sie heute dank der Entwicklung der Maschine auf etwa 150 000 K.-cal. angewachsen ist, wobei gleichzeitig die menschliche Arbeitsleistung in zunehmenden Maße durch Kilowattstunden verdrängt wurde.

Dieser Fortschritt wird nun durch eine Reihe von besonders ins Auge springenden Einzelfortschritten illustriert, durch welche sich die Leistungsfähigkeit der Produktion auf bisher ungekannte Höhen steigert. Die bekanntesten sind etwa die folgenden: Die zur Herstellung eines durchschnittlichen Automobils erforderliche Handarbeit ist seit 1904 von 1300 auf 90 Stunden gesunken. Die Betriebsleistung je Arbeiter ist in der Roheisengewinnung 650 mal größer als vor 50 Jahren, in der Glühlampenfabrikation 9000 mal größer als 1914 usw.

Aus dieser Steigerung der Leistungsziffern schließen die Anhänger der Technokratie einerseits, daß bei den heutigen technologischen Kenntnissen eine zehnfach höhere Lebenshaltung als die des Jahres 1929 mit einer jährlichen Arbeitszeit von

---

<sup>1</sup> Die folgenden Ausführungen stützen sich hauptsächlich auf die Darstellung in: *Factory and Industrial Management* vom Februar 1933.

660 Stunden erreicht werden könnte, wobei nur die Bevölkerung im Alter von 25 bis 45 Jahren zu arbeiten brauchte.

Andererseits fürchtet sie, daß bei einer Fortsetzung dieses Fortschrittstempos immer mehr Arbeiter aus dem Produktionsprozeß verdrängt würden, die *technologische Arbeitslosigkeit* also ununterbrochen zunehmen müsse. Dies um so mehr als sie glaubt feststellen zu können, daß die wirtschaftliche Expansion nicht gradlinig verlaufe, sondern nach der sogenannten Pearl-Readschen Wachstumskurve, so daß nicht zu erwarten sei, daß die freigesetzten Arbeitskräfte ohne weiteres beschäftigt werden könnten.

Daher ist die Technologie der Meinung, daß die verhängnisvollen Wirkungen des technischen Fortschrittes nur dann vermieden werden können, wenn an Stelle des heutigen Preissystems eine *Rechnung mit Energieeinheiten* trete, weil das Preissystem auf der Entschädigung nach geleisteter menschlicher Arbeit beruhe, diese aber immer mehr aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet werde und daher die Kaufkraft im Verhältnis zur Produktion immer geringer werde.

Wenn nun auch die vorgebrachten Ziffern in den Vereinigten Staaten in vielen Fällen als stark übertrieben nachgewiesen wurden,<sup>1</sup> so finden sich doch ganz *ähnliche Gedanken* längst auch in andern Kreisen verbreitet. Sowohl die marxistischen Gewerkschaften<sup>2</sup> als auch das Internationale Arbeitsamt<sup>3</sup> verfechten die These von der technologischen Arbeitslosigkeit und führen dabei ganz *ähnlich Zahlen* für die Leistungssteigerung in den einzelnen Industrien an.

Endlich hat die Auffassung, daß wir heute vor einer grundsätzlich neuen wirtschaftlichen Situation stünden auch in industriellen Kreisen Eingang gefunden. So behauptet Lord Melchett, der Präsident der Imperial Chemical Industries, daß von den Anfängen der Zivilisation bis heute die Nachfrage nach Gütern des Lebensbedarfes das Angebot überstiegen habe, diese Güter also einen Seltenheitswert besaßen. Gegenwärtig träfe dies aber nicht mehr zu. Alle Wissenschaftler und Industrielle wüßten vielmehr, daß die verfügbaren Hilfsquellen an Rohstoffen und Waren des Lebensbedarfes sozu-

---

<sup>1</sup> Vgl. z. B. New York Times Magazine vom 8. Januar 1933.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. Die 40 Stundenwoche, herausgegeben vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund Berlin 1931.

<sup>3</sup> Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit. Genf 1933.

sagen grenzenlos seien, so daß heute einem unbegrenzten Warenaustausch eine begrenzte Geldmenge gegenüberstünde.<sup>1</sup>

Daher führt diese Auffassung notwendigerweise zu der von H. S. Person, dem Direktor der Taylor Society stammenden Formulierung, wonach wir heute — wenigstens in Nordamerika — in einer «Überschußwirtschaft» (surplus economy) stünden, während die von den klassischen Nationalökonomen aufgestellten Gesetzmäßigkeiten nur für eine «Mangelwirtschaft» (deficit economy) Geltung hätten, die heute nicht mehr bestehe.<sup>2</sup>

Daraus wird dann die Forderung abgeleitet, daß die heutige Überproduktion und damit die Krise nur durch eine *Ä n d e r u n g d e r E i n k o m m e n s v e r t e i l u n g*, die den breiten Massen eine vermehrte Kaufkraft verschaffe, beseitigt werden könne, was eine Abschaffung oder wenigstens eine Zurückdrängung des Preis- und Profitsystems voraussetze. Kurzum, die heutige Situation läßt sich dahin zusammenfassen, daß wir zu viel Güter und zu wenig Konsumenten besäßen. Daher bestehe die einzige Möglichkeit der Krisenüberwindung darin, daß mehr konsumiert und weniger gespart werde. Das könne nur durch eine Steigerung der Nominal- oder doch der Realeinkommen der breiten Massen und durch eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht werden, wodurch gleichzeitig auch von der Angebotseite her der Überproduktion gesteuert werde.

Gegenüber diesem Krisenpessimismus, der aus Tagesnöten Ewigkeitsperspektiven macht, ist zunächst hervorzuheben, daß *g e n a u d i e s e l b e n B e f ü r c h t u n g e n s c h o n v o r 5 0 J a h r e n* die Menschheit beängstigten, wie das besonders deutlich aus einer amtlichen amerikanischen Untersuchung über «Industrial Depressions» (Washington 1886) hervorgeht. Neben dem Preisfall wurde damals wie heute die rapide technische Entwicklung, die Mechanisierung und die damit verbundene Überproduktion als Hauptursache der damaligen, 4 bis 5 Jahre dauernden Depression angesehen. Damals wie heute wurde eine Fülle technischer Einzelfortschritte zusammengetragen, die mindestens ebenso sensationell wirken mußten wie heute die Offenbarungen der Technokraten, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß damals die Zeitspanne viel kürzer war, nämlich nur etwa 15 bis 20 Jahre betrug. So werden unter anderm folgende Leistungssteigerungen genannt: bei der Schuhfabrikation das 5 bis

---

<sup>1</sup> Information, Paris, vom 7. Februar 1933.

<sup>2</sup> Industrielle Organisation, 1. Jahrg., Nr. 3/4, Zürich 1932, S. 85.

10fache, bei der Waffenfabrikation das 40 bis 50fache, bei der Teppichfabrikation das 10 bis 20fache, bei der Hutfabrikation das 9fache, bei der Tapetenfabrikation das 100fache usw. Genau so wie heute glaubte man damals, daß die damalige Krise die schwerste sei und den Anfang vom Ende bilde.

Trotzdem aber die spätere technische Entwicklung unendlich viel rascher vor sich ging, als man damals ahnen konnte, haben sich keine der damaligen Befürchtungen bewahrt, weder in bezug auf die Arbeitslosigkeit, noch in bezug auf die Überproduktion.

Trotz der riesigen Leistungssteigerung hat sich in der amerikanischen Industrie die Zahl der Berufstätigen bis 1914 nahezu verdoppelt. Und dieselbe Entwicklung gilt auch für die Nachkriegszeit, soweit Zahlen verfügbar sind. So wurde berechnet, daß die Leistungssteigerung zwischen 1914 und 1925 im Durchschnitt etwa 24 % der Arbeiter freigesetzt hätte. Tatsächlich wurden aber nicht nur diese 24 % resorbiert, sondern außerdem 1,5 Millionen weitere Arbeiter.<sup>1</sup>

Ähnliches gilt bekanntlich auch für die deutsche Rationalisierungsepoche der Nachkriegszeit. Nach den Berechnungen Reithingers<sup>2</sup> sind zwischen 1926 und 1929 rund 1,3 Millionen Arbeiter freigesetzt worden. Infolge der Steigerung des Produktionsvolumens fanden aber 2,7 Millionen mehr Menschen Beschäftigung, so daß also tatsächlich eine Gesamtvermehrung um 1,1 Millionen eintrat, die erst im Jahre 1931 unter dem Druck der Krise einer ungefähr ebenso starken Unterbeschäftigung wich.

Aber auch die Krisenarbeitslosigkeit darf weder insgesamt noch zu einem bestimmten Teil als technologische Arbeitslosigkeit bezeichnet werden. Denn technologische Arbeitslosigkeit würde bedeuten, daß diese Arbeitslosigkeit eindeutig und ausschließlich auf die Entwicklung der Technik zurückzuführen sei, und das könnte nur dann der Fall sein, wenn alle übrigen politischen und wirtschaftlichen Faktoren gleichgeblieben und nur die Technik sich entwickelt hätte.

Tatsächlich vollzieht sich aber der technische Fortschritt nicht im luftleeren Raum als eine blinde Kraft, die das Wirtschaftsleben einseitig beeinflussen und in eine bestimmte Richtung drängen

---

<sup>1</sup> Shorter works periods in industry. New York 1932.

<sup>2</sup> Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung. Sonderheft 19. Berlin 1932.

würde. Vielmehr ist Art und Richtung der technischen Entwicklung von den wirtschaftlichen Bedingungen, insbesondere von der Kostenstruktur, abhängig, auf die sie stößt und von den Absatzmöglichkeiten für die einzelnen technischen Erzeugnisse, die sich dabei ergeben. Was gewöhnlich als technische Entwicklung bezeichnet wird, ist gar nicht ein rein technischer Vorgang, sondern ist die Realisierung der technischen Möglichkeiten, die aber bereits wirtschaftlich bedingt ist.

Von besonderer Wichtigkeit für die Richtung des technischen Fortschrittes ist die Kostenstruktur, vor allem das Verhältnis von Arbeitskosten und übrigen Kosten. Nun sind aber bekanntlich in der Nachkriegszeit die Arbeitskosten im Verhältnis zu den übrigen Kosten gestiegen, weil schon in der Krise 1920/21 die Löhne und Gehälter den Preisfall der Produkte nicht mitgemacht haben. Dadurch wurde der Ersatz des Produktionsfaktors Arbeit durch die Maschine direkt herausgefordert, mit der Wirkung, daß ein Teil der Arbeitskräfte aus dem Produktionsprozeß ausgegliedert wurde. Hätte eine wirtschaftlich richtige Lohnbildung bestanden, so hätte sich auch die Richtung des technischen Fortschrittes anders gestaltet. Die Technik hätte sich weniger arbeitssparend und stärker arbeitsschaffend ausgewirkt.

In der gleichen Richtung wie die unwirtschaftliche Lohnpolitik hat sich auch die Übersteigerung der Besteuerung ausgewirkt, weil auch sie die Mechanisierung zum Zwecke der Kostensenkung gefördert hat. Endlich hat auch die Zollpolitik dazu beigetragen, daß sich der technische Fortschritt ungünstig auswirkte. Denn die verstärkte Mechanisierung setzte in den meisten Fällen erweiterte Absatzmöglichkeiten voraus, während diese durch die Schutzzölle immer mehr eingeengt wurden, so daß sich die Rationalisierung als Fehlrationalisierung erweisen mußte, auch wenn sie auf richtiger Kalkulationsgrundlage beruhte.

Angesichts der Tatsache, daß die heutige Arbeitslosigkeit durch diese und viele andere Momente bedingt ist, besteht keinerlei Berechtigung, diese Arbeitslosigkeit der technischen Entwicklung zuzuschreiben und sie als «technologische Arbeitslosigkeit» zu bezeichnen. Mit dem gleichen Recht könnte man sie auch als lohnpolitische, zollpolitische, steuerpolitische, ja sogar als außenpolitische Arbeitslosigkeit bezeichnen. Denn wären die Löhne, die Zölle, die Steuern und die politischen Verhältnisse anders gewesen, so wäre nicht nur

die technische Entwicklung anders verlaufen, sondern sie hätte sich auch anders ausgewirkt.

Ebenso unhaltbar ist aber auch die Auffassung, daß die technische Entwicklung der letzten Jahre angesichts des bestehenden «Preis- und Profitsystems» (also letzten Endes wegen des Privateigentums) zwangsläufig zur Überproduktion geführt habe. Denn erstens kann nur die Anwendung der Technik zur Überproduktion führen, nicht aber die technische Entwicklung als solche, und zweitens sind die technischen Möglichkeiten von jeher praktisch unbegrenzt gewesen, nicht erst in der Nachkriegszeit. Denn zu allen Zeiten bestanden Millionen technischer Verbesserungen, die der kommerziellen Verwirklichung harreten und jeden Tag kommen hunderte hinzu. Von diesen praktisch unbegrenzten technischen Möglichkeiten können aber infolge der Beschränktheit der verfügbaren wirtschaftlichen Mittel, der Kapitalien vor allem und der Arbeitskräfte, immer nur die wichtigsten angewandt werden. Je größer daher die Möglichkeiten, desto wichtiger ist es, die Auswahl so zu treffen, daß wirklich nur die dringlichsten zuerst zur Realisierung gelangen.

Daher sind die Berechnungen der Technokraten über die Zahl der jährlichen Arbeitsstunden, die erforderlich sind, um die zehnfache Lebenshaltung des Jahres 1929 auf Grund der «heutigen technologischen Kenntnisse» zu erreichen, reine Phantasieprodukte. Denn es kommt eben nicht auf die technischen «Kenntnisse» an, sondern auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten, das heißt auf das Verhältnis der Mittel zu den Möglichkeiten, das uns leider zwingt, uns auf eine sehr kleine Auswahl der wichtigsten technischen Möglichkeiten zu beschränken.

Dasselbe gilt grundsätzlich von der Behauptung Marbachs: «Dieser kulturbedingte Bedarf könnte nun in der modernen Wirtschaft, rein technisch gesehen, für alle Menschen mit Leichtigkeit gedeckt werden, auch dann, wenn mit dieser Deckung die die Bedarfsgröße bestimmenden Kulturansprüche wachsen würden.» Denn es ist eben unstatthaft, die Dinge «rein technisch» zu sehen, da es sich nicht um technische, sondern um wirtschaftliche Möglichkeiten handelt.

Die erforderliche Auswahl der wichtigsten technischen Aufgaben und Möglichkeiten kann jedoch nur mit Hilfe der Preise und der Rentabilität (des sogenannten Preis- und Profitsystems) erfolgen. Denn nur die Preise zeigen uns an, welche

Waren den Konsumenten die wichtigsten sind. Nur aus dem Vergleich der Produktionspreise und der Preise der aufzuwendenden Produktionsmittel, einschließlich des Kapitals, kann festgestellt werden, für welche Zwecke das beschränkt verfügbare Kapital und die beschränkt verfügbaren Arbeitskräfte Verwendung finden dürfen. Die Preise und die daraus entstehende Rentabilität sind nicht ein Hindernis der Bedarfsdeckung und der Anwendung der Technik, sondern im Gegenteil der unentbehrliche Kompaß der richtigen Bedarfsdeckung und der wirtschaftlichen Kapitalverwendung, und diesen Kompaß kann die Menschheit nicht entbehren, so lange sie nicht im Schlaraffenland lebt.

Ein gegebenes technisches Verfahren oder eine gegebene technische Verbesserung darf also vom Standpunkt der Wirtschaftlichkeit nur dann Anwendung finden, wenn bei dem heute erzielbaren Absatz zu den heutigen Kosten die Erzeugung des Produktes noch rentabel ist oder die bestehende Rentabilität verbessert werden kann. Der jeweilig erzielbare Absatz und die jeweilig erzielbaren Kosten sind aber keineswegs nur technisch bedingt, sondern vor allem durch die Tatsache, daß andere Verbesserungen für andere Zwecke und Bedürfnisse gleichzeitig Berücksichtigung verlangen und bei der Beschränktheit der verfügbaren Gesamtmittel nicht alle auf einmal verwirklicht werden können. Erst wenn die Kapitalbildung sich wieder vergrößert hat, können weitere technische Möglichkeiten realisiert werden.

Leider sind nun aber die Grenzen der Absatzfähigkeit der einzelnen Waren und damit auch die wirtschaftlichen Grenzen des technischen Fortschrittes in einzelnen Erwerbszweigen nicht genügend beachtet worden. Man hat nicht nur die Höchstverbrauchsziiffern der Hochkonjunktur zur Grundlage der Rentabilitätsrechnung und damit der Investitionen gemacht, während die Erfahrung zeigt, daß diese extremen Werte auf die Dauer nicht haltbar sind, sondern man hat außerdem angenommen, daß die Steigerung im gleichen Tempo weiterginge, ohne durch entsprechende Preisreduktionen die Voraussetzungen für diese Absatzvermehrung zu schaffen. Außerdem ließ man sich noch durch die Vorstellung leiten, die auch heute noch weit verbreitet ist, daß es nämlich gewisse technische und organisatorische Verfahren gebe, die, absolut betrachtet, «rationeller» seien als andere, daß es also unter allen Umständen im Interesse der Wirtschaft liege, sie anzuwenden.

Endlich wirkten unwirtschaftlich hohe Löhne und übermäßige Steuern nach der gleichen Richtung.

Die Folge dieser falschen Voraussetzungen war die, daß in manchen Erwerbszweigen der technische und organisatorische Fortschritt, die sogenannte Rationalisierung, und damit auch die Investierung, viel weiter getrieben wurde, als dies dem Absatz bei der gegebenen Kostenlage entsprach. Der dadurch entstandene technische «Fortschritt» ist überhaupt kein Fortschritt, sondern ist eine Verschwendung, und die dadurch entstehende partielle Überproduktion kann und darf ohne neue Unwirtschaftlichkeiten durch keine «Kaufkraftvermehrung» aus der Welt geschafft werden. Der scheinbare Überfluß an Waren und Kapazität, der dadurch entsteht, ist überhaupt kein echter Überschuß, sondern ist eine unwirtschaftliche Belastung der Wirtschaft, die nur durch Abschreibung zu beseitigen ist.

Gewiß entsteht infolge der Unabsetzbarkeit der zu großen Produktion und der unausgenutzten Kapazität ein «Kaufkraftausfall», weil richtigerweise nur derjenige Anrecht auf Kaufkraft hat, der Waren zum richtigen Preis und in den richtigen Mengen geliefert hat. Aber es wäre vom volkswirtschaftlichen Standpunkt unrichtig, wenn man etwa durch künstliche Preisstützung jenen Produzenten genügend «Kaufkraft» schaffen würde. Denn erstens ginge das auf Kosten anderer, den Konsumenten wichtigerer Waren, und zweitens könnte zu dem höheren Preis nicht die gleiche Warenmenge Absatz finden.

Zugleich ergibt sich aus dem Gesagten, daß die Kaufkraftschaffung kein von der Produktion losgelöstes und loslösbarer Prozeß ist. Kaufkraft darf nur derjenige erhalten, der der Allgemeinheit ein preiswertes Produkt in richtiger Menge zur Verfügung stellt. Kaufkraftschaffung und Absatzschaffung ist ein und dasselbe Problem. Aber keineswegs bloß ein quantitatives Problem im Sinne einer Lohnerhöhung, sondern ein qualitatives, das an die vorherige Leistung eines bestimmten Dienstes zu einem bestimmten Preis gebunden ist.

Diese Überkapazität und Überinvestierung in einzelnen Erwerbszweigen ist daher kein Beweis dafür, daß eine allgemeine Überproduktion im Verhältnis zum Verbrauch herrsche, die durch Kaufkraftschöpfung aus der Welt geschafft werden könnte. Tatsächlich ist denn auch ein statistischer Nachweis für eine solche allgemeine Überproduktion nicht geführt worden,

sondern diese Theorie stützt sich lediglich auf die früher angeführten Leistungszahlen. Die wirkliche Steigerung der Produktion ist dagegen viel geringer als dies nach jenen Leistungszahlen der Technokraten und Marxisten angenommen werden könnte. Für die Vereinigten Staaten kommen verschiedene Schätzungen zu einem Jahresdurchschnitt von  $3\frac{1}{2}$  bis 4 %.

Nun hat man freilich den Beweis für das Vorhandensein einer solchen allgemeinen Überproduktion darin sehen wollen, daß nach amerikanischen Statistiken im letzten Aufschwung die Steigerung des Realeinkommens mit der Steigerung der Produktionsmengen nicht Schritt gehalten habe. Man übersah aber, daß in jenen Produktionsmengen auch die Produktivgüter (Rohstoffe, Maschinen, Fabriken usw.) enthalten waren, die nicht aus dem Einkommen, sondern aus dem Kapital gekauft werden, während die Erzeugung von Konsumgütern nur einen geringen Prozentsatz ausmacht. Nach den Berechnungen der Cleveland Trust Co. beträgt die Zunahme der Erzeugung von Konsumgütern im Jahresdurchschnitt von 1899—1932 nicht einmal ganz 1 % pro Kopf der Bevölkerung, wofür die Steigerung des Realeinkommens mehr als ausreichend war.

Man könnte also höchstens behaupten, daß eine Überproduktion an Produktivgütern bestanden habe. Demgegenüber ist aber hervorzuheben, daß die Produktionssteigerung an Produktivgütern notwendigerweise ein Mehrfaches der Produktionssteigerung in Konsumgütern beträgt und daß sich jenes Verhältnis mit der Ausdehnung der Wirtschaft zugunsten der Produktivgüter verschiebt. Abgesehen davon kann von einer Überproduktion nur in dem schon genannten Sinne gesprochen werden, daß auch hier vielfach die Produzenten ihren Investitionen die extremen Absatzziffern der Aufschwungjahre zugrundegelegt und mit Hilfe von Bankkredit mehr investiert haben als wirkliche Sparmittel zur Verfügung standen.

Aus alledem ergibt sich, daß die Auffassung, wir stünden heute vor einer ganz anderen wirtschaftlichen Situation als vor dem Kriege, wir hätten heute eine «Überschußwirtschaft» und keine «Mangelwirtschaft» mehr, auf einer Verwechslung der technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, auf einer Verwechslung von Unwirtschaftlichkeiten und Überschüssen und auf einer Verwechslung der Überkapazität aus Kapitalmangel mit einer Überkapazität aus Kauf-

kraftmangel beruht. Gewiß könnten wir die Erzeugung jeder einzelnen Ware isoliert fast unbegrenzt ausdehnen und dabei infolge dieses vermehrten Absatzes sogenannte rationellere Arbeitsmethoden anwenden, wie dies zum Beispiel in der Automobilindustrie geschehen ist. Aber der Mensch lebt nicht vom Automobil allein, und die einseitige Berücksichtigung des Automobils könnte nur auf Kosten anderer Bedürfnisse gehen, weil die Gesamtheit der verfügbaren Kapitalien und Arbeitskräfte in jedem Moment eine gegebene Größe ist. Überdies bedeuten die sogenannten «arbeitssparenden», «rationelleren» Methoden keineswegs bloß eine Arbeitersparnis, sondern im wesentlichen eine Arbeitsverschiebung, zum Beispiel von der Automobilindustrie nach der Maschinenindustrie, die die «arbeitssparenden» Maschinen herstellen. Vor allem aber erfordert diese «Arbeitersparnis» einen vermehrten Kapitalaufwand, der wiederum eine verstärkte Einschränkung des Konsums voraussetzt. Der Gedanke, auf einmal alle arbeitssparenden Maschinen anzuwenden zu wollen, die technisch möglich wären, wie das den Berechnungen der Technokraten zugrundeliegt, ist faktisch unausdenkbar. Jeder technische Fortschritt findet an dem vorhandenen Kapitalvorrat und an der Sparwilligkeit der Bevölkerung seine Grenze.

Der angebliche «Überfluß» erweist sich daher als eine Unwirtschaftlichkeit, als eine Belastung, die erst dann wieder in ein Aktivum verwandelt werden kann, wenn der Ausbau des Produktionsapparates durch neue Investitionen fortgesetzt wird. Daher kann es sich auch nicht darum handeln, diesen «Überfluß» durch Kaufkraftschaffung abzuschöpfen, denn Kaufkraftschaffung und Absatzschaffung sind identisch. Doch handelt es sich nicht nur um ein quantitatives Problem, sondern um eine Frage der richtigen Proportionen. Unter welchen Bedingungen sie stehen, ist im folgenden näher zu untersuchen.

Nicht die Einkommensverteilung und nicht das sogenannte Preis- und Profitsystem ist also die Grenze, auf welche der technische Fortschritt und die Ausnützung der Produktionsanlagen stößt, sondern die Beschränktheit der Kapitalien und der wirtschaftlichen Gesamtmittel überhaupt. Nicht um eine Krise aus Überfluß handelt es sich, sondern um einen Konflikt zwischen Gegenwartsansprüchen und Zukunftsaufgaben, nicht um ein Scheinproblem, sondern um das alte Gesetz der Knappheit.